

Brüssel senkt die Agrar-Subventionen

EU An der Förderung nach dem Gießkannenprinzip ändert sich aber nichts

Brüssel. Die EU-Kommission sieht für den nächsten EU-Haushalt eine deutliche Senkung der Ausgaben für die gemeinsame Agrar-Politik (GAP) vor. Von 2021 bis 2027 sollen 365 Milliarden Euro ausgeschüttet werden, teilte Agrarkommissar Phil Hogan mit. Damit würde der Anteil der GAP-Mittel am Gesamthaushalt von rund 38 Prozent auf unter ein Drittel sinken. Darüber hinaus soll die Agrar-Politik künftig anders organisiert werden – nach den Worten des Agrarkommissars „moderner und einfacher“. Zudem plant der Agrarkommissar Subventions-Obergrenzen: Die Fördermittel werden ungekürzt nur noch bis zu 60 000 Euro pro Betrieb und Jahr ausgezahlt, mehr als 100 000 Euro soll kein Betrieb mehr erhalten.

Die Frage nach der künftigen Verwendung der Mittel im Agrarsektor stellt sich auch deshalb, weil es nach dem Brexit einige Milliarden weniger zu verteilen gibt. Letzteres hat EU-Agrarkommissar Phil Hogan in seinen am Freitag veröffentlichten Vorschlägen für die kommende Förderperiode zwischen 2021 und 2027 durchaus berücksichtigt. Das Konzept sieht Agrarausgaben in Höhe von etwa 52 Milliarden pro Jahr. In der laufenden Periode sind es mit jährlich rund 58 Milliarden noch deutlich mehr.

Umweltschützer fassungslos

An der grundlegenden Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ändert sich aber nichts: Nach wie vor werden viele Milliarden Euro nach dem Gießkannenprinzip pro Hektar Fläche verteilt, ohne das damit nennenswerte Auflagen verbunden wären. In Umweltverbänden und bei den Grünen sorgt dieser Umstand für Fassungslosigkeit. „Die Pläne der EU-

Kommission sind ein Drama für die Artenvielfalt. Sie ignorieren auf geradezu groteske Weise eine dringend erforderliche Zweckbindung von Geldern für den Naturschutz“, kritisiert Nabu-Präsident Olaf Tschimpke. Wirksame Maßnahmen „gegen den vielfach wissenschaftlich belegten dramatischen Verlust der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft“ vorzugehen, seien nicht zu erkennen.

Nach Ansicht des grünen Europaabgeordneten Martin Häusling schadet Hogan aber nicht allein der Natur und Umwelt, sondern

auch dem Ansehen der EU: „Mit diesem Vorschlag verspielt Kommissar Hogan beim Steuerzahler vollends die Akzeptanz für die EU-Agrarpolitik.“ Anstatt einheitliche Kriterien für den Schutz von Umwelt, Nutztieren, Klima und Artenvielfalt zu entwickeln und daran die Agrarsubventionen zu koppeln, eröffne Hogan den einzelnen Mitgliedsländern ein „Tableau der Beliebigkeiten“.

Sollten Hogans Vorschläge umgesetzt werden, wird sich für die deutschen Landwirte nicht allzu viel ändern. Der Löwenanteil der EU-Mittel wird weiterhin als Flächenprämie fließen. Derzeit zahlt Brüssel rund 280 Euro pro Hektar, insgesamt erhielten die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland im vergangenen Jahr rund 6,5 Milliarden Euro. Damit liegt Deutschland gemeinsam mit Spanien auf Rang zwei der Agrarsubventionsempfänger. Nur Frankreichs Landwirte erhielten mit gut acht Milliarden Euro höhere Zuwendungen der EU. (sts, afp)



Bauer pflügt Feld – mit einer Drohne fotografiert